

Konferenz der Berliner Verbände

c/o FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e. V.

Postverbindung:

Ruschestr. 103 (Haus I)

10365 Berlin

Tel./Fax: 030/55155986

Vereinsregister:

AG Leipzig, VR 1748

Bankverbindung:

Kto.: 33005750

BLZ.: 81053272

Stadtsparkasse Magdeburg

Internet: www.ddr-diktatur.de

Die Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Str. 1
11012 Berlin

Berlin, den 15.12.2007

Würdige Entschädigungsregelung für deutsche Zivildeportierte

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Unterzeichnenden richten hiermit die Bitte an Sie, die obige Angelegenheit zur Chef(in)sache zu erklären und in den vorliegenden Gesetzesentwürfen anstelle der vorgesehenen Regelung eine Einmalzahlung von 10.000 €/Empfangsberechtigte/n aufzunehmen.

Durch die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen, die sich der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen stellen, wurde bereits 1994 auf die bestehenden Defizite hingewiesen. Es war zu keiner Zeit hinnehmbar, dass Tod, Hunger, Krankheit und Verlust der Jugend der deutschen Deportierten, insbesondere der Mädchen und Frauen, die Reparationsleistungen mit allen Merkmalen von Sklavenarbeit nach dem Willen der Alliierten der Antihitlerkoalition zu erbringen hatten, schlicht als individuelles Schicksal abgetan wurden.

Dieses Unrecht wurde noch niemals offiziell anerkannt

Es gab aus unserer Sicht nur eine Reaktion: Die Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 2. September 2006 in Berlin war eine Solidaritätsbekundung gegenüber den Vertriebenen und darin eingebettet dem besonderen Schicksal der deportierten Mädchen und Frauen.

Die Opferverband und Aufarbeitungsinitiativen haben sich auch dadurch in ihrem Wirken bestätigt gesehen. Eine Forderung nach einer gesetzlichen Regelung zugunsten der inzwischen hochbetagten noch verbliebenen ca. 3.000 Damen wurde immer

wieder erneuert, zuletzt geschah dieses anlässlich des Jahreskongresses der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen vom 15./17. Juni 2007 in Görlitz.

Einigen Bundestagsabgeordneten, insbesondere der CDU-/CSU-Fraktion, ist es zu danken, dass in dem Entwurf eines Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes (HKStAufhG) erstmalig eine Entschädigungsregelung Berücksichtigung gefunden hat.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, bei aller Würdigung dieser Initiativen ist es noch nicht gelungen, die moralische Hoheit zurückzugewinnen und diese Opfergruppe angemessen zu entschädigen. Die derzeit in Rede stehenden Entschädigungszahlungen vernachlässigen die Tatsache, dass es hier um Menschen geht, die überwiegend das 80. Lebensjahr überschritten und nur noch einen begrenzten Lebensabend haben.

Diese von uns vorgeschlagene Regelung trägt aus unserer Sicht dem Lebensalter der Betroffenen in angemessener Weise Rechnung.

Hochachtungsvoll

gez. Reinhard Dobrinski

gez. Hugo Diederich
Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.
(BSV)

gez. Dr. Richard Buchner
Union der Opfer kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG)

gez. Jens Planer-Friedrich
Bürgerbüro e. V. Berlin

gez. Carl-Wolfgang Holzapfel
Vereinigung 17. Juni 1953 e. V.

gez. Juliane Kleinschmidt
Bund der Mitteldeutschen
Landesverband Berlin e. V.

gez. Alexander Latotzky
Vereinigung der Opfer des
Stalinismus (VOS)

gez. Peter-Alexander Hussock
HELP e. V.

gez. Lothar Scholz
Lagergemeinschaft Workuta